

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Gebührt täglich mit Datumsstempel der Sonne und Zeitung nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsführung monatlich 6.50 M., durch andere Kürzungen zugelassen in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.50 M., durch die Post bezogen vierzehnlich 15.25 M. mit Aufzugsgebühr. Alle Postanstalten und Dienstboten sowie unsere Kürzungen und Geschäftsführer nehmen jederzeit Bezahlungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Inserationspreis 1 M. für die beschallte Korpuszelle oder deren Raum. Reklame, die 2 spallige Korpuszelle 2.50 M. Bei Abberichtigung und Jahresabrechnung entsprechender Preisabfall. Bekanntmachungen im amtlichen Teil innerhalb von Behörden bis 2 gestellte Korpuszelle 3 M. Nachweisungs-Gebühr 20 Pfg. Anzeigenanträge bis vormittags 10 Uhr. Für die Abreitung der durch Fernsprechverbindungen übermittelten Anzeigen abnehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Thorndorf. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftsteller: Hermann Löffig, für den Inseratenstell: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 187.

Freitag den 12. August 1921.

80. Jahrgang.

den 20. September 1921 vormittags 10 Uhr
vor dem hiesigen Amtsgerichte anberaumt worden.
Wilsdruff, den 10. August 1921.

Das Amtsgericht.

Die Elternratswahl findet Sonntag den 4. September vormittags 10 bis nachmittags 4 Uhr in der Schule nach den Bestimmungen des am 3. August dieses Jahres veröffentlichten 8. Nachtrags zur Ortschulordnung statt.

Stimmberechtigt und wählbar sind beide Eltern oder die gesetzlichen Vertreter der Kinder, die die hiesige Schule besuchen.

Die Wählerliste liegt vom 23. bis 27. August täglich vormittags 9 bis 11 Uhr im Amtszimmer des Schulleiters zur Einsichtnahme aus. Einsprüche gegen dieselbe sind bis zum 28. August unter schriftlicher Begründung beim Schulausschusse zu erheben.

Die Wahlvorschlagslisten sind spätestens bis zum 25. August an den unter-

zeichneten Wahlvorsteher einzureichen. Eine Liste darf höchstens 15 Namen enthalten, muss die Vorgeschlagenen nach Namen, Stand und Wohnung deutlich und in erkennbarer Reihenfolge aufführen und von mindestens einem Wahlberechtigten unterschieden sein. Jeder Liste ist eine Erklärung der Vorgeschlagenen, dass sie eine auf sie fallende Wahl anzunehmen gewillt sind, beizufügen. Der Name eines Vorgeschlagenen darf nur auf einer Liste erscheinen. Die eingerichteten Listen werden vom 29. August ab im städtischen Verwaltungsgebäude ausgehängt.

Der Stimmzettel soll von weißer Farbe, 9×12 Zentimeter groß und ohne jedes äußere Merkmal sein. Er muss eine der Vorschlagslisten genau bezeichnen, wozu der erste Name einer Liste genügt. Stimmzettel für jeden Wahlvorschlag liegen im Raum der Wahlhandlung zur Entnahme aus.

Wilsdruff, am 9. August 1921.

Der Wahlvorsteher
Schuldirektor Thomas, Schulleiter.

Birnenverkauf an alle Einwohner

bis auf weiteres täglich 8—1 Uhr Zimmer Nr. 2. Pfundpreis 1.—, 1.20, 1.50 M.
Wilsdruff, am 11. August 1921.

Der Stadtrat

Aleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Verhandlungen in Paris bewegen sich um ein Kompromiss, nach welchem eine Teilung des Industriekreises zwischen Deutschland und Polen vorgesehen ist.

* Die Reichsregierung erlässt augenblicklich neue Steuerpläne, die einen Ersatz für die unmögliche Erfassung der sogenannten Sachwerte betreffen.

* In Oberschlesien herrscht noch Ruhe, doch gehen die polnischen Vorbereitungen für den neuen Putsch in aller Offenheit weiter.

* Die Berliner Börsie reagiert auf den Verlauf der Pariser Verhandlungen mit einer stützenden Haltung, von der hauptsächlich Montanapotheken und von ihnen wiederum besonders öberschlesische Wertpapiere zogen.

* Auf dem Orient-Kriegsschauplatz ist die Kampftätigkeit erneut in Gang gekommen.

Zwei zu eins.

Einen Schritt weiter ist der Oberste Rat am zweiten Erhöhungstag immerhin gekommen. Lloyd George hat im Angesicht des französischen Ministerpräsidenten den Stier bei den Hörnern gepackt und den Standpunkt der britischen Regierung mit einer Offenheit dargelegt, die man trotz allem, was schon über seine Anschauungen in der öberschlesischen Frage bisher bekanntgeworden war, als verblüffend bezeichnet kann. Er wies auf die ungeheure Verantwortung der Alliierten hin für den Fall, dass nach der Entscheidung über Oberschlesien ein Konflikt entstehen sollte. Von drei Stimmen hängt das Schicksal des Abstimmungsgebietes ab: von England, von Italien, von Frankreich. Sie stehen sich zwei zu eins gegenüber. Darüber ließ Lloyd George nicht den geringsten Zweifel. Natürlich ist ihm ein Ausgleich der vorhandenen Gegenseitigkeiten erwünscht, aber er erklärt von vornherein, dass die Regelung der Frage nicht auf Kosten der Mehrheit der schlesischen Bevölkerung erfolgen könne. Er wies auf die Geschichte Oberschlesiens hin, das zum Teil deutsch, zum Teil österreichisch, aber niemals polnisch gewesen sei. Wollte man jetzt aus dem Lande ein neues Elsaß-Lothringen machen? Unter 2 200 000 Einwohnern fänden sich nur 1 200 000 Polen — man sieht aus diesen Zahlen, dass der britische Ministerpräsident geneigt ist, Oberschlesien nicht für sich allein, sondern als das, was es ja auch in Wirklichkeit ist, als einen Teil ganz Schlesiens anzusehen und zu beurteilen. Das britische Reich, fügte er hinzu, würde niemals eine Lösung akzeptieren, die auf diese Zahlen keine Rücksicht nähme.

Was also bleibt übrig, da man bisher mit Frankreich nicht einig geworden sei? Eine nochmalige Prüfung durch Sachverständige, denen aber nunmehr bestimmte Richtlinien für ihre Arbeit gegeben würden, darunter die, dass die Zuständigkeit des Landes nicht gemeindeweise, sondern entsprechend der Mehrheit zu erfolgen habe, die sich herausgebildet hat, womit also der ungeheure Unschwung bereit wäre, dass ein Dorf mit vielleicht 50 oder 100 Einwohnern, weil es an sich eine Einheit bildet, in seiner Bedeutung für das Abstimmungsergebnis so ungemein vorstreichen. Gemeinden wie z. B. Tarnowitz oder Gleiwitz oder Beuthen gleichgestellt würde. Es soll weiter anerkannt werden, dass das Industriekreis als unteilbares Ganzes zu gelten habe, da es das Herz Oberschlesiens bilde. Und auch dafür scheint den Sachverständigen bereits eine maßgebende Richtlinie gegeben zu sein, dass sie dieses Industriekreis, da es eine deutsche Mehrheit aufweist, Deutschland zuzusprechen haben. Endlich wird auch grundsätzlich die Untertrennbarkeit industriell zusammenhängender Gemeinden wegen ihrer wirtschaftlichen Einheit bestimmt. Lloyd George scheint zu hoffen, dass auf Grund dieser Anweisungen, deren Sinn im einzelnen freilich nicht genau feststeht, und von der französischen Presse vielfach abweidend gegenüber den Berichten der englischen Presse dargestellt wird, eine annehmbare Lösung der Frage zu finden sein werde.

Herr Briand, dem alle diese Größenzahlen selbstverständlich nichts weniger als angenehm sein können, suchte er im übrigen dadurch etwas Salbe auf die Wunde zu streuen, dass er ihm versicherte, die ganze Welt würde, wenn Frankreich abermals ungerecht angegriffen werden sollte, abermals auf seiner Seite stehen. Sie könnten aber nicht zugeben, dass einer von ihnen in der Stunde des Sieges seine Gewalt missbraucht oder die Gerechtigkeit verleugne, was Herr Briand seinerseits mit der Bezeichnung zu entkräften suchte, dass es doch nun einmal Sieger und Besiegte gibt, und dass der Versailler Vertrag die Verantwortlichkeiten festgelegt habe. Im übrigen trostet er natürlich von schwärmerischen Redensarten wie der, dass Frankreichs Haltung edelmüdig sei, dass seine Politik einerlei brutalen Charakter trage und ähnlichem mehr. Nämlich England aber zugeben, dass die Besiegten ein bevorzugtes Schicksal hätten? Polen solle doch wieder aufstehen. Infolgedessen müsse ihm die Möglichkeit gegeben werden, zu leben. Hätte man doch auf der Friedenskonferenz sogar zuerst einstimmig den Willen gezeigt, Österreich den Polen zuzuwiesen. Diese hätten sich infolgedessen große Hoffnungen auf einen solchen Gebietsverlust gemacht, die man doch nicht zu sehr enttäuschen dürfe. Oberschlesien deutsch! Herr Briand weiß es besser, denn in irgendwelchen Büchern, auf die er sich beruft, wäre das Gegenteil zu lesen. Auch dürfe man nicht unterscheiden zwischen den Stimmen der Arbeiter in den Industriegebieten und den Stimmen der Bauern aus den landwirtschaftlichen Kreisen. Natürlich versteht er nicht, zum Schluss seine Bereitwilligkeit zur Verständigung zu verschwinden, schon mit Rücksicht auf die unvereinbaren Folgen, die entstehen würden, wenn man unverrichteter Dinge auseinandergehen würde.

Während nun die Sachverständigen auf neue Zusammenstehen, hebt abermals das große Maßeltraten der gesamten Presse an. Wird es auch hier wieder Sieger und Besiegte geben? Wird man sich verständigen? Werden die Deutschen und die Polen, wenn eine Verständigung gelingt, dazu ihren Segen geben? Nachdem wir so viele Wonne die Ungewissheit über die Zukunft Oberschlesiens ertragen haben, werden auch die wenigen Tage, die uns noch von der letzten Entscheidung trennen, anzuhalten sein. Vorerst aber können wir immer nur wiederholen, dass zwischen England und Frankreich der Streit anscheinend lediglich nur noch um das öberschlesische Industriegebiet geht, während allen Deutschen auch die landwirtschaftlichen Teile des Abstimmungsgebietes unendlich am Herzen liegen. Ein Sieg der deutschen Sache steht also, selbst wenn Lloyd George seinen Willen ungeteilt durchzusetzen vermöchte, keinesfalls in Aussicht.

Eine neue Teilungslinie?

Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Chronicle" meldet aus Paris: Die Sachverständigen hätten sich bereits an die Festlegung einer neuen Grenzlinie gemacht, die von Norden nach Süden, statt von Osten nach Westen verlaufe. England müsse in dem Industriekreis Boden an Polen überlassen und Frankreich müsse dagegen einen Teil des ganzen unentwickelten Gebiets von Breslau und Rybnik zugestehen. Ein Punkt, der Eindruck gemacht habe, sei der, dass in etwa 15 Jahren das Industriekreis wahrscheinlich von viel weniger wirtschaftlichem Wert sein werde, während der nicht ausgebaute südliche Bezirk entsprechend im Wert steigen werde.

Die Stimmung in Oberschlesien.

Bernünftige Polen im Kreis Tarnowitz
In Oberschlesien erwarten alles in siebenhafter Spannung die Entscheidung des Obersten Rates. Die Stimmung der deutschen Bevölkerung ist auf das höchste erregt, aber dabei durchaus ruhig und abwartend. Die Stimmungen auf der polnischen Seite gehen aneinander. Charakteristisch für die Haltung der Arbeiterschaft

in dem überwiegend polnischen Teil der Grubengebiete sind einige neue Vertreterschaftswahlen in polnischen Städten, die einen überraschenden Erfolg für die deutsche freigewerkschaftliche Liste hatten. Zu erwähnen ist auch die Tatsache, dass alle Ansprüche zum Generalstreik in den letzten Tagen, besonders in dem südlichen Industriebezirk und in den Kreisen Breslau und Rybnik, die von polnischer Seite neu verbreitet wurden, durchaus erfolglos geblieben sind.

Im Kreis Tarnowitz haben sogar einige polnische Führer der gemäßigten Richtung namens eines großen Teiles der polnischen Bevölkerung des Kreises Tarnowitz an den Obersten Rat einen Brief gegen die Auflösung des Kreises Tarnowitz an Polen gerichtet. Die Befürchtungen der Polen über die Auflösung an Polen gründen sich darauf, dass durch ein Herauslösen des Kreises Tarnowitz der mit dem gesamten Industriegebiet durch Wasserleitungen, Eisenbahnen und Stromkreislösungen tatsächlich verbundene Kreis seinem wirtschaftlichen Anteil ausgesetzt würde, um so mehr, als eine direkte Eisenbahnverbindung mit Polen fehlt.

Die neuen Putschpläne.

Gegenwärtig herrscht in Oberschlesien äußerlich noch Ruhe. Trotz des allgemeinen Versammlungsverbotes finden überall Versprechungen der Insurgentenführer und Insurgenten statt, in denen über die Vorbereitung zur Eroberung Oberschlesiens gesprochen wird. Es ist damit zu rechnen, dass die Insurgenten diesmal nicht eher losgelassen werden, als bis die polnische Armee in Oberschlesien einrückt. Der bereits geplante Putsch soll im letzten Augenblick durch dringende Vorstellungen des englischen und italienischen Botschafters in Warschau verhindert werden sollen.

Jenseits der Grenze wird mit Hochdruck Propaganda für einen Krieg mit Deutschland getrieben. An Anklagen und öffentlichen Aufrufen wird darauf hingewiesen, dass augenblicklich die Pariser Entscheidung über Oberschlesien vorbereitet wird, die zugunsten Polens ausfallen müsse. Sollte dies nicht der Fall sein, so müsse Germany anstreben werden, um das zu nehmen, was auf Polen einen rechtlichen Anspruch habe. Den Schluß der Auflösung bildet die Anspruchserklärung zur Eroberung und Befreiung Oberschlesiens vom preußischen Joch. Zwei Kompanien der polnischen Grenzwache sind von Tarnowitz nach Schoppin geflossen und von dort verteilt worden. In der Umgebung von Hindenburg hierin die Polen zusammen mit den Franzosen in der Nacht eine große Handdienstübung ab. Gewehrschulden und Handgranatenwaffen waren bis in die frühen Morgenstunden zu hören.

Polnische Aufstandsbücher.

Zu einigen Orten des Kreises Tarnowitz wurden junge Leute im Alter von 19 bis 35 Jahren durch eine besondere Kommission, die sich größtenteils aus Kongresspolen zusammensetzte, herausgesucht und in eine Liste eingetragen, um nach Krakau zu einem Beamtenausbildungskurs geschickt zu werden. Ein Transport ist bereits über die Grenze abgegangen. Man hat den zukünftigen Beamten versprochen, sie später im polnischen Oberschlesien je nach Bedarf und Besetzung einzustellen. Die Ausbildung geschieht auf Kosten Kongresspolnischer Behörden.

Der Orienfkrieg.

Die Nachrichten von dem türkisch-griechischen Kriege sind noch immer unscharf. Es scheint, als ob in der Nähe von Angora eine Schlacht stattgefunden habe, in der die Griechen angeblich besiegt haben. Von türkischer Seite wird dagegen angegeben, dass dort die Entscheidungsschlacht noch vorliege. Das ließe die Mutung zu, dass allerdings die Griechen in einzelnen Gefechten Vorteile errungen haben, doch Remal aber die Sache auch nicht für verloren ansieht.

Griechische Meldungen.

Die "Times" verneint aus Smyrna, dass die zweite Phase der griechischen Offensive begonnen hat. Der Angriff

begann fünfzehn Meilen nördlich von Ulusit. Die Türken sieben sich zurück.

Günaris erklärte in Athen im Ministerrat, daß die Nahrungsmitteleinbringung der Truppen in den befreiten Gebieten Kleinasiens ausgezeichnet geregelt sei. Die griechischen Verbündeten schägt man offiziell auf 1200 Tote und 6000 Verwundete. Günaris soll ferner erklärt haben, daß Angora nur besiegt werden soll, wenn dies unbedingt nötig ist. Auf jeden Fall ist nicht die Besetzung Angoras, sondern die allgemeine Versicherung der Reise der türkischen Streitkräfte das Ziel der griechischen Operationen. Günaris konnte noch nicht sagen, wann die Operationen ungesetzt beginnen werden.

Türkische Berichte.

Während in Smyrna fortgesetzte griechische Verbündungen eintreffen, wird aus Konstantinopel auch erhöhte Aktivität an der türkischen Front gemeldet. Kemal soll die Abwehr haben, bei Angora eine Entscheidungsschlacht zu liefern.

Havas meldet aus Angora, daß nach einer Debatte über die militärische Lage die türkischen Militärbehörden im Einvernehmen mit der Nationalversammlung beschlossen haben, Angora zu räumen und sich nach Çafara zurückzuziehen. Ansonst werden die Nationalversammlung und die Verwaltung nach Çafara verlegt.

Dies Çafara (Kaisar) liegt südlich von Angora, etwa in der Mitte zwischen dieser Stadt und dem Euphratstrom.

Die neutralen Alliierten.

Der griechisch-türkische Krieg ist auch auf der Konferenz zu Paris zur Sprache gekommen. Es äußerten sich hierzu, wie drastisch gemeldet wird, Marschall Foch und der englische Oberst Heywood, der an der griechischen Front gewesen ist. Die beiden Militärsachverständigen erklärten, über das endgültige Ergebnis des türkisch-griechischen Konflikts werde man vielleicht erst nach einigen Monaten urteilen, da die endgültige Entscheidung überaus hinausgeschoben werden könne. Die Absicht der Alliierten sei, in diesem Konflikt neutral zu bleiben. Eine andere Handlungsweg sei nicht möglich, da die beiden kriegsführenden Parteien bis zur Stunde einen Vermittlungsvorschlag noch nicht angenommen hätten. Die Tatsache, daß die beiden Militärs politische Erklärungen abgaben, ist merkwürdig.

Die Spanier in Marokko.

Sehr kritische Lage?

In London hat man sehr ernste Nachrichten über die Lage der Spanier in Melilla erhalten. In den letzten Tagen sind die Mauern sehr schnell vorgedrungen, so daß sie bereits in Reichweite der Geschütze der Stadt stehen. Nach dem "Journal" hat Abd el Krim den spanischen Behörden mitgeteilt, daß alle in seinen Händen befindlichen Gefangenen abgeschlachtet würden, wenn die Spanier versuchen sollten, auf das Rüstgebiet vorzudringen, ebenso, wenn spanische Flugzeuge maurische Dörfer bombardieren.

Bon Madrid aus sucht man zu beruhigen. Angeblich rechnet man dort damit, daß in zehn Tagen 50 000 Mann in Melilla sein werden, und daß die Garnisonen Ceuta, Tetuan und Larache durch 30 000 Mann verstärkt werden. Die Außländischen, heißt es in diesen Meldungen, liefern erbitterte Kämpfe gegen die Reiter der Kolonne Rabarro, die ihren bedeckenden Widerstand auf dem Berg Arrixo trotz der Verluste fortführt.

Neueren Meldungen zufolge soll die Ministerkrise in Spanien eine Lösung nahe sein. Der König will, wie verlautet, auf den bewährten konservativen Parteiführer Maura zurückgreifen, der seit dem Jahre 1903 bereits fünfmal spanischer Ministerpräsident war.

Brennende Wirtschaftsfragen.

Steuerung und Lohnsteigerungen.

Unsere Zeit steht im Zeichen einer neuen Steigerung des Geldbedarfs in jeder Hinsicht, wobei ein Teil den

anderen treibt. Von der politischen Lage nimmt diese neue ölige Ende ihren Anfang. Die unerfüllbar hohen Anforderungen für die aus dem Ultimatum kommenden Leistungen und für die Unterhaltung der Besatzungsarmee ziehen die ebenso unerhöht hohen Steuerlasten nach sich, diese wieder bedingen im Zusammenhang mit den steigenden Lebensmittelpreisen eine Erhöhung aller Löhne und Gehälter, wodurch wieder die Fabrikation vieler notwendiger Bedarfsgüter verteuert wird. Alles das drückt auf die Kaufkraft der Mark, und der sinkende Wert des Geldes wiederum ruft nach einem neuen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der breiten Schichten der Bevölkerung. Auf Grund dieser Überlegungen wird jetzt vom Reichsfinanzministerium angekündigt, wie man von Seiten der Regierung zu diesem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung Stellung zu nehmen gedenkt. Das Ministerium veröffentlicht folgende Meldung:

Bei seinem Zusammentritt im September wird sich der Reichstag voraussichtlich sofort mit einer Angelegenheit von weittragender Bedeutung zu beschäftigen haben. Die Reichsregierung ist schon seit einiger Zeit in eine Prüfung der Frage eingetreten, inwieweit vornehmlich demontiert die Broterhöhung, die Steigerung der Löhne und die Auswirkung der Energielosung, s. u. eine etwaige Verkürzung von Zahl, Gas usw., eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung herbeiführen werden, und inwieweit dem bei der durch die Reparation aufs äußerste angepannten Finanzlage des Reiches durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu begegnen ist. Da diese Frage auch für die Länder von einschneidender Bedeutung ist, wird sie nicht ohne Bemühungen mit Landesregierungen getreut werden können. Es ist zu erwarten, daß schon in kurzer Zeit die erforderlichen Verhandlungen beginnen werden, so daß dem Reichstag nach den Herren bereits erste Vorschläge unterbreitet werden können.

Weitere Steuerpläne.

Auch das Steuerprogramm der Regierung, dessen erster Teil kürzlich in Gestalt von 15 neuen Vorlagen bekanntgegeben wurde, bedarf noch der Ergänzung. Die Beratungen darüber, wie eine Erfassung der Sachwerke über die laufende Vermögenssteuer hinaus möglich ist, dauern noch fort. Es soll jetzt ein besonderer Kontraktionsrat im Rahmen des ordentlichen Haushaltvoranschlags eingesetzt werden. Bezeichnet wird er mit 42 bis 50 Milliarden Mark. Eine weitere Vermehrung der Ausgaben ist von den bevorstehenden Lohn- und Gehaltsverhältnissen der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu erwarten. Die Reichsregierung beabsichtigt, in diesen Tagen mit den Parteien darüber ins Benehmen zu setzen.

Der gesamte jährliche Finanzbedarf des Reiches wird sich, wenn man von den Valutabewegungen einmal absieht, auf ungefähr 120 bis 130 Milliarden Mark bezeichnen. Davon sind bisher etwas mehr als 50 Milliarden Mark durch Einnahmen gedeckt. Die Mehrheit des Kabinetts mit dem Reichsfinanzminister an der Spitze ist der Ansicht, daß eine Erfassung der Sachwerke durch hypothekarische Belastung des landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitzes und durch eine direkte Beteiligung des Reiches an den Industrieunternehmungen schon allein an den politischen Machoverhältnissen wirkte. Aber darüber hinaus seien auch die praktischen Schwierigkeiten, wenn man an die Verwirklichung dieses Gedankens herantrate, so groß, daß das Problem, zurzeit wenigstens, unlösbar erscheine. Dagegen denkt die Regierung dabei an eine Kapitalisierung der Nördlichen Eisenbahnen, die der Vorlage nach von 10 auf 30 Prozent erhöht werden soll und nicht bloß den ausgeschütteten, sondern den Gewinn überhaupt steuerlich heranziehen will. Die Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw. könnten nach diesem Plan Genußscheine aussstellen, die gewissermaßen einen Wechsel auf eine Reichsbeteiligung darstellen. Auf diese Genußscheine der Gesellschaften könnten das Reich oder seine Finanzorgane Generalpapiere ausgeben oder die Genußscheine selbst auf den Markt werfen, um noch größere Beträge dem Reich zuzuführen. Die Beratungen über diese Fragen sind noch im Gang. Ferner erwägt man die Möglichkeit, die jährlichen Umsätze des Produktionskapitals

(nicht des Rentnerkapitals), auch alle Kreditinstitute, Gelehrten, Akademien, Sparkassen, Banken usw. durch eine Zwangsabgabe.

Den Reparationsverpflichtungen dienstbar zu machen. Auch das sieht das Kabinett als eine Beteiligung des Reiches an den Sachwerken an. Das Währungsproblem hofft man zu Beginn des neuen Jahres in Angriff nehmen zu können, um damit dann die große Finanzreform zum Abschluß zu bringen. Es sei jedoch nochmals betont, daß es sich bei allen diesen Plänen noch nicht um endgültige Beschlüsse handelt.

Die Hilfe für Russland.

Politische Wirkungen der Not.

Die Nachrichten aus Russland laufen nach wie vor erschütternd. Nach bolschewistischen Blätternmeldungen hätten die russischen Eisenbahnen, die den Verkehr mit dem Donzbas verhindern und die Ukraine mit Zentralrussland verbinden, am 25. Juli nur noch für drei Tage Heizmaterial gehabt. Um eine Katastrophe zu vermeiden, wurde alles vorhandene Brennmaterial beschlagnahmt und der an sich schon sehr eingeschränkte Eisenbahnverkehr weiter eingeschränkt, was die Lage im Hungengebiet verschärft. Auch die Kohlenindustrie im Donzbas wird von Verkehrseinschränkungen betroffen, so daß dadurch die Zufuhr von Lebensmitteln für die Grubenarbeiter erschwert wird.

Aus zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß bis Ende Juli gegen 130 000 Personen an Cholera gestorben sind.

Sowjetbeschaffungen.

In Moskau sind eine Sitzung des Sovjetrates unter Lenin zur Bekämpfung des Hungers und der Cholera statt. Unter anderem wurde beschlossen, die erhöhten Verpflegungsportionen für Angestellte und Spezialisten aufzuheben. Pro Tag nur $\frac{1}{2}$ Tag auf drei Tage veranschlagt werden. Sämtliche Getreidevorräte der Bauern jener Gouvernements, die nicht von Kriegseinwirkungen betroffen sind, sind zu requirieren.

Ferner wird allen Bewohnern der Choleraerkrankten Zonen bei Todestag verboden, jene Zonen zu überschreiten. Bezüglich der Auslandspolitik verlautet, daß die Sovjetregierung gegen alle Staaten, die das hungrige Russland mit Lebensmitteln versorgen werden, einen radikalen Wechsel ihrer Politik vornehmen wird.

Das letztere wäre allerdings sehr zu hoffen. Es geht nicht an, daß die Bolschewisten fortfahren, die Existenz der selbst schwierigsten Völker zu untergraben, die von ihren sargen Existenzmitteln ihnen noch möglichst viel abgeben sollen!

Das Rote Kreuz.

Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Ador, hat das deutsche Rote Kreuz eingeladen, an einer Konferenz in Genf, am 15. August, teilzunehmen. Auf dieser Konferenz soll die Frage einer internationalen Rotkreuzhilfe für Russland beraten werden. Der Präsident des deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor v. Winterfeldt, hat geantwortet, daß das deutsche Rote Kreuz die Einladung entsprechen werde. Das deutsche Rote Kreuz sieht auf dem Standpunkt, daß angesichts der Größe des russischen Problems nur auf breiterster internationaler Basis dem nördelnden Russland wirksame Hilfe gebracht werden könne. Die bereits eingesetzte Hilfsaktion des deutschen Roten Kreuzes auf sanitärem Gebiete wird hierdurch nicht berührt.

Die Abrüstungskonferenz.

Japan und Amerika.

Paul "Exchange" sieben für die Tagesordnung der Washingtoner Abrüstungskonferenz folgende Richtlinien fest: 1. Anerkennung der offenen Türe im fernen Osten und am Stillen Ozean; 2. Aufrechterhaltung der politischen und territorialen Unverletzbarkeit Chinas; 3. Unverletzbarkeit Russlands, besonders Sibiriens. Hierzu sagt Oberst House in einem Telegramm an Philadelphia Public Ledger: "Es bestehen viele Arauen, welche

unser Kino nur wenigstens vierzehn Tage nach Helgoland geben sollte.

Das geschah denn auch, und Ilse erholt sich dort sichtlich.

Herbert begleitete sie, wenn sie im Boot mit Werner und der Kinderfrau zur Düne fuhr, um dort zu baden und Stunden in Ruhe und Stille zu verbringen. Er holte sie auch wieder ab.

Er umgab sie mit zarter Aufmerksamkeit, er streichelte ihr ihre Hände, er führte sie sorgfältig, wenn sie im Unterland oder auf dem Oberland spazieren gingen.

Oft stieg in Ilse der Wunsch auf, daß diese Tage kein Ende nehmen möchten, und wieder und wieder kam ein Fliehen über ihre Lippen, daß sie lieber sterben möchte, als noch einmal in jene furchtbare Einsamkeit verfallen, die ihr Herz und Seele zerrißten hatte.

Aber sie storb nicht, sondern wurde fräsigter von einem Tag zum anderen.

Und Herbert blieb sich gleich in seinem Wesen, ließ sie nie wieder so allein, auch nicht, als sie wieder nach Kalkborn zurückgekehrt waren. Er widmete ihr so viel Zeit, als er überhaupt erübrigen konnte, sprach auch mit ihr über literarische Themen, die er im Laufe des Winters bearbeitet wollte.

Aber immer wieder beschlich sie das Gefühl: er tut es aus Neude, er tut es aus Rücksicht, aber in seinem Herzen ist kein Verlangen nach mir. Ach! wenn doch nur einmal seine Augen sie suchen möchten mit dem Ausdruck starker Liebe!

Sie wollte warten, warten, und sagte stets immer wieder, daß, wenn nicht goldener Sonnenglanz fürs Leben beschieden ist, sich mit dem ruhigen Glanz der Sterne begnügen soll.

Als Weihnacht sich wieder näherte, beschlich sie eine große Angst.

Sie wußte ja jetzt, welche entsetzliche Erinnerung für Herbert mit dem Weihnachtsabend zusammenhangt, und sie hätte am liebsten alles von ihm ferngehalten, was überhaupt weihnachtsmäßig erschien, aber sie konnte und durfte als Schloßerrin nichts versäumen.

In derselben Weise wie bisher mußte alles für die Leute eingerichtet werden, aber sie vermied es noch ängstlicher als früher, mit Herbert über irgend etwas zu Weihnacht Gehörendes zu sprechen.

Und er selbst schien gespenstischer als je auch die leiseste Weihnachtsandeutung zu vermeiden.

Und das verurteilte ihr heimliches, dieses Weh, obgleich sie sich selbst vorhielt, daß sie es gar nicht anders erwartet habe.

Am Vormittag des 23. Dezember fragte sie ihren Mann, als verstehe sich das ganz von selber: "Fährst du heute abend fort oder morgen früh?"

"Morgen in der Frühe, Kind," sagte er.

(Schluß folgt.)

Ilse von Krafft.

Von R. Eitner.

(Nachdruck verboten.)

"Wir sind über den Berg hinweg," sagte er, "und jetzt kann ich heimfahren, komme aber im Laufe des Vormittags wieder."

Lüders war nicht zu Hause gegangen.

Er packte seine Sachen.

Als Herbert nach vier Uhr bei ihm eintrat, weil er gekrankt hatte, daß er nicht schlief, sagte er nur: "Kunst muß ich gehen, und nun kann ich gehen. Um elf Uhr möchte ich abreisen."

"Warum so schnell, Hans?"

"Heute wirkt die Lust und Kraft haben. Du weißt ja auch, daß ich fort muß. Ich habe noch in London zu tun, und Anfang September muß ich in Kalkutta eintreffen, muß dort meine Arbeit wieder aufnehmen. Grüße deine Frau von mir, wenn sie so weit sein wird, sich meiner erinnern zu können, und — alter Junge! — hüte jetzt besser den Schatz, den dir Gott gegeben hat. — Strich durch die Vergangenheit! — glückauf für die Zukunft!"

Lüders reiste ab.

Nach und nach, sehr langsam, schritt Ilses Besserung fort.

"Wann wurde ich frank? und warum wurde ich frank?" fragte sie eines Tages ihren Mann. "Wie kam das alles?"

"Läßt das jetzt alles ruhen," bat Herbert, "denke nicht und grüble nicht. Werde nur gesund. Sie warten ja alle darauf, im Schloß, auf dem Hof, im Dorf. Sie warten darauf, daß du gesund wirst. Klein-Werner und ich warten jetzt recht darauf," fügte er hinzu und küßte ihre Hand.

"Ach ja, mein Junge! Wo ist er?"

"Noch ein paar Tage mußt du warten, ehe ich ihn dir bringe. So verlangt der Doktor. Der Kleine könnte sich doch in seiner Freude stürzlich erweisen. Jetzt schlaf wieder gesund."

"Ach ja, ich will auch schlafen. Ich bin so müde, so müde."

Und jetzt schlief Ilse so viel, daß der Sanitätsraum fast wieder unruhig wurde, erschien doch die Schwäche abschreckend.

Aber dieses Schlafen und Ruhen halten dem Körper und halten der Seele.

Und schließlich, an einem der ersten Julitage, erklärte der Arzt, es wäre gut, wenn Ilse vorläufig wenigstens für eine Stunde das Bett verlassen und von der Sommerlucht sich umwohnen lasse.

Auf seinem Arm trug Herbert sie zu dem Stuhl, der auf der Veranda bereitgestellt war.

Wie wunderlich, wie lästig war ihr zu muten!

Schwierigkeiten zwischen Amerika und Japan herbeiführen könnten. Es wäre aber die bedauernswerteste Politik, die je gemacht worden wäre, wenn diese Verschlechterungen einen Krieg veranlaßten. Ich hoffe, daß die Konferenz auch Russland, Deutschland und den nahen Osten in die Sphäre ihrer Tätigkeit aufnehmen werde. Ist es auch nicht möglich, jetzt schon einen praktischen Erfolg davon zu erzielen, so wäre eine vorläufige Regelung demnach von größter Wichtigkeit."

Was der amerikanische Oberst sich bei der Einberufung Deutschlands in die Tätigkeit der Abfertigungs-Konferenz stellt, sollte er erst noch ein wenig erklären. Deutschland hat, soweit wir wissen, genügend abgerüstet, und wäre gewiß dankbar, wenn man es endlich in Ruhe läßt. Was die Amerikaner und die Japaner mit einander abzumachen haben, geht uns überhaupt nichts an, und selbst wenn wir wollten, wären wir nicht in der Lage, Interesse an der Sache zu betätigen.

Kabinettswchsel in Japan?

Nach japanischen Zeitungsmeldungen kann Japans Teilnahme an der Washingtoner Konferenz einen Kabinettswchsel zur Folge haben. Der Ministerpräsident Harada lehnt die Verantwortung ab, welche durch Japans Teilnahme an der Konferenz der Regierungspolitik zugemessen werde. Als einziger Ausweg könnte nur ein Koalitionsstabamt gesondert werden, die internationalen Verhandlungen zu verantworten. Nach Yamagata, einer der einflußreichsten älteren Staatsmänner Japans, wird in der Presse als der vermutliche Nachfolger Haradas genannt.

Neue japanische U-Boote.

Die japanische Regierung bereitet den Bau von Unterseebooten von ganz außerordentlicher Stärke vor. Es seien Schnell-Motoren bestellt worden, die ein einer gewissen Gruppierung eine Gesamtkraft von 15 000 bis 20 000 Pferdestärken für jedes Unterseeboot darstellen.

Neueste Meldungen.

Arenski nicht in Deutschland.

Berlin. Die verschiedentlich ausgetauchten Gerüchte, daß der frühere russische Ministerpräsident Arenski in Deutschland weile, sind unzutreffend. Arenski hat seinen Wohnsitz in Prag und ist von dort aus ein- oder zweimal durch Deutschland nach Paris gereist.

Eine vierte Internationale?

Berlin. Nach dem Bericht der Berliner Kommunistischen Arbeiterzeitung erklärte der Zentralausschuß der kommunistischen Arbeiterpartei, daß der Bruch mit Moskau grundsätzlich vollzogen sei. Die dringendste Aufgabe des revolutionären Weltproletariats sei der Aufbau einer kommunistischen Arbeiterinternationale. Eine Kommission soll die Vorarbeiten zur Herstellung eines Zusammenschlusses aller in Opposition zu Moskau stehenden revolutionären Parteien und Verbände leiten.

Ein Attentat auf Lloyd George?

Paris. Während der Sitzung des Obersten Rates erschien eine Irlanderin am Eingang des Ministeriums und rief zu den dort stehenden Polizeiaugenten: Geben Sie mir ein Attentat, damit ich Lloyd George töten kann. Die Polizei war sich darüber im Klaren, daß die Dame sich nicht im normalen Zustand befand.

Schluss der Konferenz am Sonnabend?

London. Reuter meldet aus Paris, daß Lloyd George wahrscheinlich am kommenden Sonnabend nach London zurückkehren werde, und daß die Beratungen des Obersten Rates nicht länger als eine Woche dauern werden.

Belgische Truppenhäuser.

Brüssel. Der belgische Kriegsminister nahm im Truppenlager von Elsenborn im Rheinland eine Truppenhäuser ab.

Gegen die farbigen Besatzungstruppen.

Pekinger. Der Botschafter Franz von Broeckhuysen hat im Namen der Kirchengemeinde das folgende Telegramm an den Präsidenten Millerand nach Paris gesandt: "Die reformierte Gemeinde, im Gotteshaus versammelt, bittet im Namen des gerechten Gottes, aller Mütter und Kinder sowie im Namen von Tausenden von Nachkommen der Hugenotten und im Namen Frankreichs und seiner Zukunft selbst, die schwarzen Truppen aus der Rhône-Provinz unverzüglich zurückzuziehen zu wollen." — Millerand hat nicht geantwortet.

Letzte Drahtberichte des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Um Oberösterreich.

Paris, 11. Aug. (su.) Von französischer Seite wurde am Mittwoch erklärt, die Sachverständigen machen energische Anstrengungen, um zu einer Verständigung zu gelangen. Die italienische Delegation hat angeregt, daß Deutschland für seine Verluste an Teilen des Industriegebietes durch Entgegenkommen in der Saarfrage entschädigt werden soll.

50 000 M zur Hilfsaktion für das russische Volk.

Nürnberg, 11. Aug. (su.) In seiner gestrigen Sitzung schloß der Stadtrat mit den Stimmen der Mehrheitssozialisten den Beschluß, zur Hilfsaktion für das russische Volk einen Beitrag von 50 000 M aus Stadtmitteln beizusteuern.

Ruhe und Ordnung in Rote-Aufland.

Paris, 11. Aug. (su.) Die Rote Fahne veröffentlichte eine längere Auskunft des Berliner Sowjetvertreters, wonach in ganz Rote-Aufland Ruhe und Ordnung herrscht. Alle Berichte über Unruhen und Aussstände seien unwahr. Von einer Massenbewegung der Wogabauern, um dem Hungertode zu entgehen, kann keine Rede sein.

Ein Kabinett Moura in Spanien.

Paris, 11. Aug. (su.) Das Journal de Debats meldet aus Madrid, daß ein Kabinett Moura zustande kommen wird. Die Politik der neuen Regierung richtet sich auf die Verbesserung der Finanzen und der sozialen Ordnung. In Marokko wird sich Spanien die völlige Beherrschung der Küsten sichern, im Innern Marokkos wird es sich auf eine friedliche Kolonisation beschränken.

Aus Stadt und Land.

Meldungen für neue Stadt und Land aus unserer Redaktion zusammengestellt.

Wilsdruff, am 11. August.

Markenkreis Broitz wird bekanntlich schon seit einiger Zeit in vielen Bäderen hergestellt. Interessant ist, daß weder die Bäder noch eine Behörde weiß, ob die Herstellung und der Verkauf markenfreien Brotes zulässig ist oder nicht. Die Leitung des Sazoniaverbandes der Bäder batte sich deshalb mit einer Anfrage an den zuständigen Regierungen im sächsischen Ministerium gewendet, von dem der Verband die Antwort erhalten hat, daß augenscheinlich die Herstellung des markenfreien Brotes „weder erlaubt noch verboten sei“. — Diese Mitteilung blieb alleinhalben Heiterkeit auslösen.

Neue Dönerprophesie. Der Beginn einer neuen Dönerperiode steht unmittelbar bevor. Der vom Golf von Bis-

saya nach Mitteleuropa gelangte Hochdruck beherrscht schon wieder völlig die Wetterlage, so daß mit einer Temperatur von mindestens 30—35 Grad Celsius zu rechnen sein dürfte.

Die Wahl des Elternrats findet Sonntag, den 4. September, von vormittags 10 bis nachmittags 4 Uhr in der Schule statt. Näheres über Wähler- und Wahlvorschlagsliste ist aus der Bekanntmachung des Wahlvorsteigers im amtlichen Teil dieser Nummer zu ersehen.

Ein gefundenes Heimstättentrecht war früher allgemeines Gesetz in unserem Volke. Nach altsächsischem Bodenrecht hatte derjenige nur Antrecht auf den Boden, der gewillt war, auf ihm zu arbeiten. Nur die Arbeit sollte Besitzrecht verleihen. Wer seine Heimstätte verlassen ließ und den Boden nicht bearbeitete, dem wurde jedes Besitzrecht übernommen und derjenige bekam den Boden von der Markgenossenschaft übertragen, der gewillt war, auf ihm zu arbeiten. Dieses alte deutsche Bodenrecht kam im Mittelalter zum Verfall und wurde durch römisches Recht ersetzt, das den Boden zur Ware umwandelte, mit der man beliebig handeln und wuchern konnte. So kam es, daß der Bodenbesitz ein Vortrecht weniger wurde. Längst haben sich die andern gewöhnt, diesen Zustand als unabänderlich oder — was noch schlimmer ist — als unwichtig und nedenschön zu betrachten. Der Krieg schuf Wandel. Klein Gedanke durchglühte unsere Kämpfer so wie der, in der Heimat eine unverlierbare Heimstatt zu finden; aber die Verwirklichung blieb aus. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß vor etwa einem halben Jahre sämtliche großen Spitzengewerkschaften Deutschlands sich zu einem Altionsausschuss der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättentum vereinigten, um daran zu helfen, jedem Deutschen die Möglichkeit zu geben, sich eine Heimstätte zu erringen. Für diejenigen, die hier mithelfen wollen, sei auf die Broschüre des Altionsausschusses der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättentum, Berlin-Grünau, Gartenstraße 30, „Land und Geld für Heimstätten“ mit den Beschlüssen des ständigen Beirats für das Heimstättentum beim Reichsarbeitsministerium, Preis 1 M., hingewiesen. Auf dem Gebiete des Heimstättentums sollten sich alle ehrlichen Volksfreunde zu gemeinsam Handeln zusammenfinden! Morgen Freitag, abends 8 Uhr, findet im Adler ein Vortrag über „Gewerkschaft, Bodenreform und Heimstätte“ statt, dessen Besuch allgemein zu empfehlen ist.

Bergünstigung für Kriegsbeschädigte bei Eisenbahnschäden. Nach dem neuen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif vom 1. März 1921 können Kriegsbeschädigte, die nach der Art ihrer Verlegung während der Kriege sitzen müssen, bei all ihren Reisen in der 3. Klasse zum Fahrpreis der 4. Klasse, in Schnellzügen außerdem gegen den tarifmäßigen Zuschlag, befördert werden. Der Ausweis zur Erlangung dieser Bergünstigung wird auf Antrag des Kriegsbeschädigten von der zuständigen Fürsorgeanstalt der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge für die Dauer eines Kalenderjahrs ausgestellt. Er ist mit einem Lichtbild zu versehen.

Die neue Kirchgemeindeordnung für Sachsen. Über die Vorbereitungen für die Inkraftsetzung der neuen Kirchgemeindeordnung vom 2. März b. J. hat das Evang.-luth. Landeskonsistorium soeben eine Verordnung erlassen, aus der folgendes bemerkenswert ist: Darnach wird eine Vorlage über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Kirchgemeindeordnung der voraussichtlich im Oktober b. J. wieder zusammenretrenden Landesversammlung vorgelegt werden. Das Landeskonsistorium hält für wünschenswert, daß dieses grundlegende kirchliche Verfassungsgesetz zunächst mit dem 1. Januar 1922 in Kraft trete. Um die Möglichkeit dazu zu sichern, ordnet das Landeskonsistorium schon jetzt vorbereitende Maßnahmen an. Die Kirchenvorstände sollen sich jedoch wie möglich über die ehemalige Zusammenfassung der nach der Kirchgemeindeordnung ins Leben zu rufenden Kirchgemeindeorgane, nämlich der Kirchgemeindevertretung und des Kirchenvorstandes, schlüssig machen. Ferner sollen kirchliche Ortsgefechte aufgestellt werden für die Zusammenziehung der Kirchgemeindevertretungen wie der Kirchenvorstände. Solche Ortsgemeindekirche sollen von den Kirchenvorständen aufgestellt und bei der zuständigen Kircheninspektion bis zum 1. Oktober eingereicht werden.

Englisch als Pflichtsach in den höheren Schulen. Wie in anderen deutschen Ländern, so sind auch in Sachsen eifrig Bestrebungen im Gange, der englischen Sprache den Vorrang im höheren Unterricht zuzuweisen, also die französische Sprache als facultatives Fach weiter gelten zu lassen, während die englische Sprache als obligatorischer Unterrichtsgegenstand eingeführt werden soll. Das sächsische Kultusministerium sieht diesen Bestrebungen, die in Geheimrat Hörl von der Leipziger Universität einen eifrigeren und erfolgreicher Förderer haben, ebenfalls sehr günstig gegenüber. Im großen ganzen sind sich freilich die Philologen noch nicht einig, doch hat der Unterrichtsausbau des Verbandes der deutschen Hochschulen, der im April in Halle tagte, sich mit 11 von 14 Stimmen ebenfalls für Englisch entschieden. Die endgültige Entscheidung liegt natürlich beim Reiche. Da diese Entscheidung aber schon seit langem sich verzögert hat, hat das sächsische Kultusministerium schon mehrmals die Reichsregierung um Beschleunigung ersucht. Wie wir an zuständiger Stelle hören, ist ein Entscheidung in nächster Zeit zu erwarten, zumal auch die Unterrichtsministerien der übrigen deutschen Länder ohne Ausnahme dafür eintreten, daß die englische Sprache den Vorrang vor der französischen im Unterricht eingeräumt werden soll.

Der Sternschnuppenregen im August. Um den 10. August herum erschienen die Perseiden, eine Sternschnuppenregen, deren Ausgangsstadium das Bild des Perseids ist. Da der 10. August der Tag des heiligen Laurentius ist, nennt man diese Sternschnuppen auch „Laurentiussterne“ oder die „Tränen“ des heiligen Laurentius. Vor mehr als tausend Jahren schon haben chinesische Astronomen den Sternschnuppenregen im August beobachtet. In Europa aber hat man sich erst seit dem 18. Jahrhundert mit seiner Beobachtung beschäftigt. Der Astronom Schiaparelli hat den Nachweis geführt, daß der Perseiden-Schwarm in seiner Bahn mit einem großen Kometen des Jahres 1862 fast völlig übereinstimmt. So wurde zum erstenmal der Beweis erbracht, daß die Meteoritenschwärme auf das enge mit den Kometen in Verbindung stehen und Auslösungsprodukte der sehr dünnen Materie darstellen, die sich vielfach über die ganze Bahn der Kometen verteilt. Gelangt die Erde auf ihrem Umlauf in eine solche Kometenbahn, so werden die winzigen Meteorite von der Attraktion des Planeten angezogen und bei ihrem Lauf durch die Reibung in der Erdatmosphäre abgebaut. Weit häufiger noch als im August sind die Sternschnuppenfälle bekanntlich um den 12. November.

Bessere Auskunftsverteilung auf den Bahnhöfen. Eine Verfügung des Reichsverkehrsministeriums an die Zweigstellen des Reichsverkehrsministeriums, die Eisenbahndirektionen und die Eisenbahnverwaltung ordnet eine ausreichende Auskunftsverteilung an die Reisenden auf den Bahnhöfen an. Wo es die Verhältnisse mögig machen, sind Auskunftsstalter einzurichten oder besondere Beamte mit der Auskunfts zu betrauen. Der Platz dieser Beamten ist in geeigneter Weise kennlich zu machen. Die Auskunftsstellen sind rechtzeitig und zuverlässig über alle

Vorgänge zu unterrichten, die den Reiseverkehr beeinflussen. Besonders sollen sie bei Verhängungen und bei Veränderung von Ausfällen die Bahnwege angeben, auf denen man das Reiseziel noch erreichen kann.

Die Gewichtsgebühren für Postpalete nach allen Ländern mit den Linienwegen über Hamburg—England und Belgien oder Niederlande—England haben sich vom 1. August ab geändert, weil die britische Postverwaltung veränderte Gebührenanteile — teils höher, teils niedriger als bisher — beansprucht. In den sonstigen Annahmedingungen hat sich nichts geändert. Nähere Auskunft erhalten die Postanstalten.

Verlebt nach dem besetzten Gebiet. Die Eisenbahn-Generaldirektion weist für den Verkehr nach dem besetzten Gebiet auf folgendes hin: Zur Ermöglichung einer schnelleren Zollbehandlung ist es notwendig, als Zolldeklaration nur die im deutschen Zolldienst gebräuchlichen Warenserklärungen (Begleitzettel) zu benutzen, die Zolldeklarationen vollständig und genau auszufüllen und die Waren möglichst nach den Angaben im deutschen Zolltarif zu bezeichnen. Ferner liegt es im Interesse einer bevorzugten und beschleunigten zollamtlichen Abfertigung, daß bei leicht verderblichen oder besonders empfindlichen Waren auf den Zolldeklarationen ein entsprechender Hinweis gemacht wird. Um zu verhindern, daß die Sendungen bis zur Beibringung der Einfuhrbewilligungen abgestellt oder eingelagert werden müssen, wodurch Stödungen und Verstopfungen entstehen, ist es erforderlich, daß der Absender die Waren erst dann zum Abgang bringen, wenn ihnen der Empfänger mitgeteilt hat, daß er im Besitz der Einfuhrbewilligung des Einfuhramts Ems ist. Soweit für das besetzte Gebiet einfuhrfreie Waren in Frage kommen, ist es zweitmäßig, daß der Absender vor der Absendung der Waren dem Empfänger den Frachtabrief einsendet, damit auf diesem von einer Zollstelle des besetzten Gebiets die freie Einfuhr der Waren bezeichnet werden kann. — Die Handelskammer Dresden bittet die beteiligten Kreise dringend, die vorstehenden Hinweise genau zu beachten, damit die Aufhebung der die Wirtschaft außerordentlich schädigenden Verkehrssperren baldigst erreicht werden kann.

Erhöhung der sächsischen Gemeindebeamter. Die sächsischen Gemeindebeamter haben durch ihre Organisation dem Arbeitsgeberverband Sächsischer Gemeinden Anträge auf zeitgemäße Erhöhung ihrer Tariflöhne überreicht.

Sauderode. Das großzügige Siedlungsunternehmen für die Kriegsbeschädigten an der Straße Volchappel—Sauderode soll jetzt in Angriff genommen werden, nachdem die Baugenehmigung für sechs Einfamilienhäuser eingetroffen ist. Dieses Haus umfaßt etwa 1200 Quadratmeter Land. Die Dresdner Siedlungsgeellschaft Stadt und Land, die das Unternehmen durchführt, beabsichtigt, vom Staate noch hinter dem Baugelände liegendes Kammergut dazuzukaufen. Dann würde der Siebler noch Weideland für Vieh aber für andere Anbauzwecke zur Verfügung stehen. Der größte Teil des Landes gehört zum Kammergut Sauderode, und die Gemeinde hat die Eingemeindung genehmigt. Die Siedlung soll insgesamt 44 Häuser umfassen, die von Gärten umrahmt und eine Zierde des Landschaftsbildes sein werden, ähnlich wie die an der anderen Seite gegenüberliegende Siedlung an der Burg-Wartstraße.

Rathen. Im Basteigebiet stürzen am Sonntag wieder zwei Kletterer ab. Der eine der Abstürzten kam mit schweren Verletzungen davon, der andere blieb tot am Platze. — Eine Ausfluglerin wurde am Sonntag auf eigenartige Weise an ihrer Weiterwanderung verhindert. Der Hindernisgrund war das plötzliche Er scheinen von Zwillingen. Beide starben die Kinderchen unmittelbar nach der Geburt.

Frankenberg. Ein erschütterndes Bild über die Lage der Kleintrentner gewährt eine Statistik der biesigen Kleintrentner-Vereinigung, nach der 25 Mitglieder mit einem Jahresgehalt von wenig über 1000 M. 20 mit 1500 und die übrigen mit 1500—4000 M. auskommen müssen. Zur sofortigen Unterstützung der bedürftigsten Kleintrentner, die sämtlich aus dem Handwerker- und Gewerbesstand stammen, listete ein Fabrikant 2500 M.

Zwickau. Eine sonderbare Geschichte passierte am Donnerstag gegen Abend auf dem Römerplatz in nächster Nähe des Schuhplatzkrumms. Dort kam die elfjährige Tochter eines biesigen Amtswachtmeisters mit ihrem im Kinderwagen liegenden Brüderchen des Weges gefahren, als sie plötzlich von einer unbekannten Frauensperson angehalten und mit einer Befragung nach der Richardstraße geführt wurde. Als das Mädchen zurücklehrte, muhte es zu seinem Erbreden demnach, daß Frau und Kind und Kinderwagen verschwunden waren. Dieselbe, wahrscheinlich auswärts wohnende Frau, wurde des abends auf dem biesigen Bahnhof gesichtet, als sie mit dem letzten Abzugszug Werdau—Wittau wieder nach Zwickau zurückgefahren (nachdem sie zuvor den Kinderwagen nebst Bettin in Sicherheit gebracht hatte), war und hier eine andere Frau bat, einen Augenblick das Kind zu halten, weil sie nach ihrem Manne sehen wollte. Inzwischen verschwand die freche Diebin, ohne bisher ermittelt zu werden. Das Kind konnte seinen besorgten Eltern wieder ausgeführt werden.

Martenskirchen. Eine eigenartige Erscheinung plant hier der Kirchenvorstand. Nachdem bereits während des Krieges für jeden Helden an den Friedhofswegen ein Baum gepflanzt wurde, soll jetzt an jedem dieser etwa 300 Bäume ein Stein in Form eines Denkmals gesetzt werden. Die Hinterbliebenen sollen nun für jeden Stein einen Kostenbeitrag von 300 M. leisten, weshalb der Bewohnerchaft begreiflicherweise dieser Plan sehr unpopulär ist.

Martenskirchen. Mit einer Zahlungsauforderung zum Reichsnopfer ist die biesige Schuhgesellschaft verübt worden. Da die Gesellschaft über keinerlei Vermögenswerte und im Schuhhaus lebt, die Einnahmen der Gesellschaft aber zur Unterhaltung des Hauses gebraucht werden, so bleibt kein anderer Weg als die Umlegung des Nopfers auf die steuerzahllenden Mitglieder.

3. Klasse 179. Sächs. Landes-Lotterie.

Die Nummern, unter welchen die Gewinne steht, sind mit 300 Wert zu versehen. (Siehe Seite der Rätsel — Rätselnummern).

1. Rätselnummer vom 10. August 1917.

49000 M. 2227 Gold-Zarthe, Dresden.
20000 M. 2228 5. G. 8. Gold, Dresden.
5000 M. 2229 4. C. Goldring, Leipzig.
5000 M. 2230 Bruno West, Dresden-L.-Se.

5000 M. 2231 Paul Eppel, Dresden.

718 808 207 707 1759 3000 818 250 982 578 867 964 498 618 669 624 150 401

789 648 119 777 820 490 1500 270 978 700 1000 229 2298 711 930 211 249

250 1000 270 988 944 370 973 083 943 322 922 619 394 395

260 317 730 665 842 750 409 600

